

16550/J XXVII. GP

Eingelangt am 13.10.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Christian Ragger
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend **U-Ausschuss gegen Grüne: Ermittlungen**

Am 2. Oktober 2023 berichtete der „Standard“ online folgendes:¹

ÖVP plante U-Ausschuss gegen Grüne – Mail ging unabsichtlich an die Neos

Die ÖVP will offenbar Inseratenaufträge, Umfragen und Studien der anderen Parteien, inklusive der Grünen, in deren Regierungszeit untersuchen. Das belastet die Koalition weiter

Erst vergangene Woche verschickte das Meinungsforschungsinstitut Sora ein SPÖ-Strategiepapier irrtümlich an 800 Mailkontakte und schlitterte in eine tiefe Krise. Nun hat sich auch die Kanzlerpartei ganz offensichtlich verklickt. Laut den Neos ging nämlich überraschenderweise aus dem türkisen Parlamentsklub ein Verlangen nach einem neuen Untersuchungsausschuss im Postfach des Neos-Abgeordneten Helmut Brandstätter ein. Dieser hat mit der ÖVP wahrlich nichts zu tun.

„Das, was noch fehlt, ist das Datum, das eingesetzt werden soll“, sagte Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger in einer eilig einberufenen Pressekonferenz. Offenbar sei es der Plan, den U-Ausschuss im Oktober einzusetzen, mutmaßte die Liberale. „Das ist ein Frontalangriff auf den eigenen Koalitionspartner und ein Bruch der Koalition, das ist völlig klar.“ Alles in allem sei diese Causa ein „neuer Tiefpunkt, ein erneuter neuer Tiefpunkt eines Niveaus der Innenpolitik in Österreich, das nur noch einer politischen Schlammschlacht gleicht, wo sich die Österreicherinnen und Österreicher, und ich kann es wirklich verstehen, zunehmend mit Grauen abwenden und sich das einfach nicht verdient haben“.

¹ <https://www.derstandard.at/story/3000000189404/oepv-plante-u-ausschuss-auch-gegen-gruene-unabsichtlich-an-neos>

Meinl-Reisinger hält den von der ÖVP vorgeschlagenen U-Ausschuss für "Missbrauch eines parlamentarischen Instruments". Es soll dabei nie darum gehen, den politischen Mitbewerber mit "Schlamm zu bewerfen", sondern um die Kontrolle der heimischen Verwaltung und die politische Verantwortung dafür zu klären. "Dagegen verwehren wir uns ganz entschieden", sagte Meinl-Reisinger. "Wir brauchen Neuwahlen – jetzt."

ÖVP könnte alleine einen U-Ausschuss einsetzen

Der U-Ausschuss, dessen Einsetzung die ÖVP offenbar überlegt, wäre eine Art Rundumschlag gegen drei andere Parteien. Untersucht werden soll auch der aktuelle Koalitionspartner, vor allem das Handeln von Umweltministerin Leonore Gewessler, aber auch von Vizekanzler Werner Kogler. Das dürfte koalitionsintern schwer zu verdauen sein.

So haben die Grünen in Form von Nina Tomaselli und David Stögmüller zwar stark ÖVP-kritisch an den letzten beiden U-Ausschüssen teilgenommen (Ibiza und ÖVP-Korruption), eingesetzt hatte sie allerdings die Opposition. Beim Ibiza-U-Ausschuss hatten die Grünen sogar gemeinsam mit der ÖVP eine Prüfung des Untersuchungsgegenstands vom Verfassungsgerichtshof verlangt.

Da derzeit kein U-Ausschuss läuft – auch wenn die Opposition Pläne hat, etwa zu Kika/Leiner –, könnte die ÖVP kraft ihrer Mandatsstärke alleine einen U-Ausschuss einsetzen. Das könnte allerdings nur als Koalitionsbruch interpretiert werden. Dementsprechend war hinter den Kulissen rasch von "Gedankenspielen" die Rede.

Untersuchungszeitraum ab 2007 bis jetzt

"Die österreichische Bundespolitik steht seit längerer Zeit in der Kritik, wonach das Handeln vieler Spitzopolitikerinnen und -politiker auf Bundesebene überwiegend den Interessen von Parteien und ihren Mitgliedern diene und nicht dem Interesse der Allgemeinheit", heißt es auf den 14 Seiten, die dem STANDARD vorliegen. "Im Besonderen lautet der Vorwurf, dass bei der Vergabe von Inseraten oder bei der Beauftragung von Gutachten, Studien und Umfragen nicht Rechtsrichtigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, sondern das Naheverhältnis zu einer politischen Partei die ausschlaggebende Rolle gespielt habe."

Datiert ist das recht konkret wirkende Konzept mit 16. September 2023. Brisant dabei: Untersucht werden soll demnach nicht nur, ob SPÖ oder FPÖ zu ihren Regierungszeiten in Zusammenhang mit Inseratenschaltungen und Medienkooperationsvereinbarungen, Umfragen, Gutachten und Studien sowie bei der Beauftragung von Werbeagenturen "aus sachfremden Motiven gehandelt haben" – sondern auch, ob der Vorhalt auf die Grünen, also auf den eigenen Koalitionspartner, zutrifft.

Geht es nach der ÖVP, sollen auch "ausgegliederte Rechtsträger" vom Untersuchungsgegenstand erfasst werden, "soweit sie der mittelbaren oder unmittelbaren Ingerenz von Mitgliedern der Bundesregierung und Staatssekretärinnen bzw. -sekretären, die mit der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)

oder mit der Partei Die Grünen – Die Grüne Alternative verbunden sind, unterliegen". Ebenso will die Kanzlerpartei "staatsanwaltliches Handeln" in einem möglichen U-Ausschuss unter die Lupe nehmen.

Insgesamt soll geklärt werden, ob im Zeitraum vom 11. Jänner 2007 bis Oktober 2023 "gesetzliche Bestimmungen umgangen oder verletzt wurden sowie ob dem Bund oder anderen Rechtsträgern dadurch Schaden entstanden ist".

Rote "Urheber", rechte Blaue und eine grüne Firma

Die ÖVP hat jeder Partei, der sie einen Vorhalt machen möchte, ein eigenes Kapitel gewidmet. Allen voran steht die SPÖ. Da probieren die Türkisen die Ermittlungen rund um das „Beinschab-Österreich-Tool“ praktisch umzudeuten. Dabei ging es vorrangig um mutmaßlich frisierte Umfragen zugunsten von Altkanzler Sebastian Kurz, die im Boulevardblatt "Österreich" erschienen und vom Finanzministerium finanziert worden sein sollen.

Das empfindet die ÖVP nun als "äußerst beunruhigend", ohne sich selbst ins Spiel zu bringen. Stattdessen will die Kanzlerpartei "den Urheber solcher potenziellen Machenschaften" ermitteln und hat dabei die SPÖ – konkret Ex-Kanzler Christian Kern – im Auge. In einer ihrer Einvernahmen soll die Meinungsforscherin Sabine Beinschab über mutmaßliche Absprachen zwischen der Meinungsforscherin Sophie Karmasin, der SPÖ und einer Gratiszeitung berichtet haben, "bei denen die Wünsche der SPÖ hinsichtlich Umfrageergebnisse im Vordergrund standen", heißt es in dem türkisen Verlangen.

Bei der FPÖ will die ÖVP prüfen, warum diese viele Inserate bei rechtsextremen Medien wie "Info-Direkt" oder dem mittlerweile aufgelösten "Wochenblick" gebucht hätte. Außerdem soll der schon seit Jahrzehnten immer wieder auftauchende Fall rund um die Werbeagentur "Ideen.schmiede" neu aufgerollt werden. An der soll der jetzige Parteichef Herbert Kickl einst Anteile gehalten haben; es gab diesbezüglich Ermittlungen, aber keine Anklage.

Die ÖVP will nun untersuchen, ob es in Kickls Zeit als Innenminister Aufträge an die Ideen.schmiede gegeben habe. Bekannt ist, dass diese "kostenfrei" ein Logo für die von Kickl ins Leben gerufene Polizeieinheit "Puma" entwickelt hat. Auch Studien, die von den Ministerien der einstigen Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein und Verteidigungsminister Mario Kunasek beauftragt wurden, sollen Thema werden.

Gewessler im Mittelpunkt

Bei den Grünen fokussiert sich das ÖVP-Verlangen auf Umweltministerin Leonore (im ÖVP-Papier meist: Eleonore) Gewessler. Da geht es etwa um Aufträge ihres Ministeriums an das Unternehmen von Lothar Lockl, der in den 2000er-Jahren grüner Bundesgeschäftsführer war und später die Präsidentschaftskampagne von Alexander Van der Bellen leitete. Mittlerweile ist Lockl ORF-Stiftungsratsvorsitzender.

Für die ÖVP wirft die Beauftragung an Lockls Firma Fragen auf, weil die nicht Best-, aber Billigstbieter gewesen sei. Außerdem wolle man sich "nicht transparente Vorgänge" rund um Marketingaktionen wie das "Klimaticket"-Tattoo beim Musikfestival Frequency ansehen. Die ÖVP vermutet sogar – ohne dass es darauf in Akten Hinweise gäbe –, dass die Meinungsforscherinnen Sophie Karmasin (ÖVP) und Sabine Beinschab auch Studien für das Umweltministerium verfasst hätten.

ÖVP: Kein U-Ausschuss geplant

Und was sagt die ÖVP zu alldem? Es habe immer wieder Gerüchte über einen neuen U-Ausschuss gegen die Volkspartei gegeben, heißt es in einer Aussendung des türkisen Klubchefs August Wöginger. "Das Dokument ist daher nichts Neues, sondern Teil der üblichen parlamentarischen Arbeit", sagte Wöginger. "Es ist eine von vielen Überlegungen, die laufend angestellt werden, für den Fall, dass Oppositionsparteien einen weiteren UsA (U-Ausschuss, Anm.) planen, damit Einseitigkeiten in der parlamentarischen Aufklärungsarbeit vermieden werden." Aufgrund der Sora-Affäre der SPÖ seien Aktualisierungen überlegt worden, führte Wöginger aus. Ein U-Ausschuss seitens der Türkisen sei allerdings derzeit nicht geplant.

Grüne: "Diesen politischen Stil lehnen wir ab"

"Es erstaunt, worüber man sich alles Gedanken machen kann, anstatt sich um seriöse Arbeit zum Wohle der Österreicher:innen zu kümmern", sagte die grüne Generalsekretärin Olga Voglauer in einer Aussendung. "Wir gehen davon aus, dass alle in der ÖVP nach einer – sicherlich turbulenten – Woche wieder Nervosität abbauen und ins Konstruktive zurückfinden." Die Bevölkerung erwarte sich von einer Regierungspartei, dass sie ihre Energie in die Arbeit für das Land investierte. "Nebelgranaten, Taktierereien, das Anschütten politischer Mitbewerber:innen gehören da nicht dazu. Diesen politischen Stil lehnen wir ab", erklärte Voglauer.

Das besagte Schriftstück gibt betreffend der Verwürfe gegen die Grünen folgendes Preis:

Die Grünen

Gemäß der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage (9347/AB XXVI. GP) fielen über 500.000 EUR an Ausgaben für die kommunikative Begleitung und den Social-Media-Auftritt des Projekts „Klimarat“ des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) an. Der Beantwortung kann entnommen werden, dass den Zuschlag für diese Tätigkeiten unter anderem die Unternehmen „Jung von Matt“ mit ca. 123.765 EUR, „Lockl & Keck GmbH mit Kittelberger Urbane Kommunikation“ mit

⁴³ Profil 12.03.2019: Werbe- und PR-Ausgaben unter Schwarz-Blau gestiegen.

⁴⁴ 3695/AB XXVI.GP.

⁴⁵ Pisoiu, D. & Ahmed, R. (2015): Aus der Angst Kapitel schlagen: der Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen in Westeuropa. OSZE-Jahrbuch, 181-194.

⁴⁶ 3688/AB XXVI.GP.

⁴⁷ 3682/AB XXVI.GP.

16.09.2023

ca. 90.000 EUR und „Lockl & Keck GmbH“ mit ca. 304.552 EUR erhalten haben.⁴⁸ Wie dem Artikel „Green Deals 400.000-Euro-Auftrag für Klimarat-PR an Ex-Grünen-General Lockl“ der Kleinen Zeitung vom 22.03.2022 zu entnehmen ist, war das Unternehmen „Lockl & Keck GmbH“ im durchgeführten Vergabeverfahren jedoch nur Drittgereihter und somit nicht Bestbieter.⁴⁹ Das Unternehmen kam jedoch trotzdem zum Zug, weil es im gegenständlichen Vergabeverfahren zwar nicht Bestbieter, aber Billigstbieter war. Ob in einem Verfahren der Best- oder Billigstbieter zum Zug kommt, muss im Vorhinein bekannt gegeben werden. Darüber hinaus schreibt das Bundesvergabegesetz auch für bestimmte Vergabeverfahren verpflichtend das Bestbieterprinzip vor. Interessant dabei ist, dass laut Medien die Unternehmen eine Nähe zu Partei „die Grünen“ aufweisen. Der Geschäftsführer Lothar Lockl ist seitens der Grünen derzeit Mitglied des ORF-Stiftungsrats. Außerdem war er im Jahr 2006 Bundesparteisekretär der Grünen und fungierte im Bundespräsidentenwahlkampf 2016 als Wahlkampfleiter für Bundespräsident Alexander Van der Bellen.⁵⁰ Zusätzlich erhielt die „Lockl & Keck GmbH“ im Jahr 2020 einen Auftrag zur Strategischen Kommunikationsberatung vom derzeitigen Vizekanzler Werner Kogler.⁵¹

Die Vergabe an die Werbeagentur „Jung von Matt“ wirft ebenfalls Fragen auf, weil der ehemalige Geschäftsführer Martin Radjaby-Rasset in der Vergangenheit Kommunikationschef der Bundespartei der Grünen⁵² und Wahlkampfberater von Bundespräsident Van der Bellen war.⁵³

Das gleiche Muster zeigt sich bei der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage (10974/AB), bei der die Vergabe von Social-Media-Kampagnen an die Agenturen Ö Energieagentur und Verein IG Fahrrad – Die Radvokaten nicht leicht zu durchschauen ist. Die Kosten werden lediglich mit einer Fußnote „Teile von größeren Arbeitspaketen, detailliert nicht herausrechenbar“ abgetan. Inwiefern die Ausschreibung sattgefunden hat ist ebenso nicht nachvollziehbar.⁵⁴

In der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage 3736/AB (XXVII. GP) gibt die Grüne Ministerin Leonore Gewessler, BA, an, 1.703.077,50 EUR im Zeitraum vom 7.1. bis 30.9.2020 an Inseraten ausgegeben zu haben.⁵⁵ Auch an die Tageszeitung „Heute“ und „Österreich“ die in den Mechanismen des „Beinschab-Tools“ essentieller Bestandteil waren, werden angeführt – nicht jedoch die konkreten Ausgaben.⁵⁶ Ein weiterer nicht transparenter Vorgang betreffend Werbemaßnahmen von Grüne-Ministerin Gewessler, BA, zeigt sich durch die Berichterstattungen im August 2023. Grüne-Ministerin war am Musikfestival Frequency und warb mit einem Jahr gratis Klimaticket, wenn im Gegenzug die Person sich ein „Klima-Tattoo“ stechen ließ. Der Kurier berichtet, dass es am Musikfestival Electric Love Festival im Juli 2023 eine ähnliche Aktion stattgefunden haben soll. Ein Klimaticket kostet laut Kurier 1.095 EUR und das Unternehmen, dass diese Aktion durchgeführt habe, soll laut Kurier zur Mehrheit im Eigentum der Republik stehen.⁵⁷ Die Frage stellt sich, nach welchen Vergabe-Kriterien diese

⁴⁸ 9347/AB XXVII. GP.

⁴⁹ Kleinen Zeitung vom 22.03.2022: „Green Deals 400.000-Euro-Auftrag für Klimarat-PR an Ex-Grünen-General Lockl“.

⁵⁰ Salzburger Nachrichten 19.05.2022: Lothar Lockl: Ein Schachspieler auf dem Küniglberg.

⁵¹ 4799/AB XXVII. GP.

⁵² Der Standard 6.7.2015: Radjaby-Rasset wechselt von den Grünen zu Jung von Matt/Donau.

⁵³ Der Standard 10.10.2022: Martin Radjaby-Rasset: Der Mann für Evidenz und Emotion.

⁵⁴ 10974/AB XXVII. GP.

⁵⁵ 3736/AB XXVII. GP.

⁵⁶ 3736/AB XXVII. GP.

⁵⁷ Kurier 19.08.2023: Gewessler am Frequency: Gratis Klimaticket für Klima-Tattoo.

16.09.2023

Werbemaßnahme vergeben wurde und welches konkrete Unternehmen diese Aktion durchführte.

Die Tageszeitung „Die Presse“ berichtete am 18.05.2022 davon, dass Vizekanzler Werner Kogel im März 2022 angekündigt hätte, die seitens seines Ressorts beauftragten Studien, an deren Erstellung Frau Sophie Karmasin-Schaller beteiligt gewesen sein soll („Motivanalyse Bewegung und Sport“, Kosten 63.000 EUR und „Frauen im Vereinssport“, Kosten 76.668 EUR und vermutlich weitere Studien), von der internen Revision des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport prüfen zu lassen. Laut diesem Artikel würde der Prüfbericht nun vorliegen. Das Ergebnis der Revision sei, dass es „keinen Hinweis auf offenkundige strafrechtlich relevante Verhaltensweisen“ gebe. Trotzdem werde die zuständige Sektion im Ministerium von nun an „an die kurze Leine“ genommen, weil bei der Vergabe der erwähnten Studien die Geschäftsordnung des Hauses nicht eingehalten worden sei.⁵⁸ Es ist anzunehmen, dass weitere Studien mit Sophie Karmasin-Schaller oder auch mit Sabine Beinschab durchgeführt wurden. Dieser Verdacht wird durch einen Artikel der Tageszeitung Der Standard erhärtet, in dem angeführt wird, dass Eleonore Gewessler entgegen gesetzlicher Bestimmungen Studien, wie z.B. die Studie betreffend Gasheizungen, nicht veröffentlicht.⁵⁹

Studien im Auftrag von Eleonore Gewessler für Parteifreunde ortet die FPÖ. Der Standard berichtet, dass Die Media Brothers GmbH über 36.768 Euro für die „Erstellung des Layouts für die deutsche Fassung des Bundesabfallwirtschaftsplan 2022“ erhielt. Mitgründer dieser GmbH soll Stephan Götz sein, der Mitglied bei den Grünen und Pressesprecher bei Bundespräsident Van der Bellen ist. Auch soll ein Beratervertrag mit Walter Bolz, welcher als Berater der Ministerin im Bereich Energie arbeitet, mit 100.000 EUR für seine Expertise abgeschlossen worden.⁶⁰

Voraussetzungen gemäß Art. 53 Abs. 2 B-VG:

Gemäß Art. 53 Abs. 2 B-VG ist Gegenstand der Untersuchung eines Untersuchungsausschusses ein bestimmter abgeschlossener Vorgang im Bereich der Vollziehung des Bundes, wobei alle Tätigkeiten von Organen des Bundes, durch die der Bund, unabhängig von der Höhe der Beteiligung, wirtschaftliche Beteiligungs- und Aufsichtsrechte wahrnimmt, eingeschlossen sind.

Zusammengefasst müssen folglich drei Elemente vorliegen: Erstens muss es sich um einen Vorgang im Bereich der Vollziehung des Bundes handeln. Zweitens muss der Vorgang bestimmt und drittens abgeschlossen sein.

Der Begriff „Vollziehung“ fasst die Staatsgewalten „Verwaltung“ und „Gerichtsbarkeit“ zusammen, wobei nach Art. 53 Abs. 2 zweiter Satz B-VG die Überprüfung der Rechtsprechung ausgeschlossen ist. Die Kontrolle durch Untersuchungsausschüsse erstreckt sich auf jede Art der Verwaltung im verfassungsrechtlichen Sinn und umfasst Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung, nicht-hoheitliche Verwaltungstätigkeit und auch informelles Verwaltungshandeln. Die Ausübung von Aufsichts- oder Bestellungsrechten durch Organe des Bundes gegenüber ausgliederten Rechtsträgern ist ebenfalls Verwaltungstätigkeit und unterliegt der Kontrolle eines Untersuchungsausschusses.

Wie sich aus der Formulierung dieses Untersuchungsgegenstandes zweifelsfrei ergibt, ist ausschließlich Gegenstand der Untersuchung das Handeln von Organen der Vollziehung des

⁵⁸ Die Presse 17.05.2022: Karmasin-Studien am Minister vorbei: Kogler strafft Sektion.

⁵⁹ Der Standard 17.08.2023: Selbst ohne Amtsgeheimnis scheint Österreich nicht reif für Transparenz.

⁶⁰ Der Standard 12.11.2022: FPÖ kritisiert Gewesslers Berater- und Kampagnenkosten.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage

1. Werden Ermittlungen aufgrund der Vergabe von Geldern für das Projekt „Klimarat“ geführt?
 - a. Wenn ja, gegen wen werden Ermittlungen geführt?
 - b. Wenn ja, weswegen werden im Konkreten in diesem Zusammenhang Ermittlungen geführt?
2. Ist die Vergabepraxis für die kommunikative Begleitung und den Social-Media-Auftritt des Projekts „Klimarat“ an die Unternehmen „Jung von Matt“ und „Lockl & Keck GmbH“ zu beanstanden, weil diese nicht Bestbieter waren?
 - a. Wenn ja, inwiefern?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
3. Ist die Vergabepraxis für die kommunikative Begleitung und den Social-Media-Auftritt des Projekts „Klimarat“ an die Unternehmen „Jung von Matt“ und „Lockl & Keck GmbH“ zu beanstanden, weil diese in der Vergangenheit als Wahlkampfberater (etwa für Bundespräsident Van der Bellen) waren?
 - a. Wenn ja, inwiefern?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
4. Werden Ermittlungen aufgrund der Vergabe von Geldern für Social-Media-Kampagnen an die Agenturen Ö Energieagentur und/oder den Verein IG Fahrrad – Die Radvokaten geführt?
 - a. Wenn ja, weswegen werden im Konkreten in diesem Zusammenhang Ermittlungen geführt?
5. Ist die Vergabepraxis bei diesen Ausschreibungen betreffend die Social-Media-Kampagnen an die Agenturen Ö Energieagentur und/oder dem Verein IG Fahrrad – Die Radvokaten zu beanstanden?
 - a. Wenn ja, inwiefern?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
6. Welche Informationen liegen zu den konkreten Ausschreibungen in diesem Zusammenhang vor und inwiefern sind die Vergaben an Ö Energieagentur und/oder den Verein IG Fahrrad – Die Radvokaten nachvollziehbar?
7. Werden Ermittlungen aufgrund der Vergabe von Inseraten durch das Bundesministerium für Klimaschutz geführt?
 - a. Wenn ja, gegen wen werden Ermittlungen geführt?
 - b. Wenn ja, weswegen werden im Konkreten in diesem Zusammenhang Ermittlungen geführt?
8. Bundesministerin Leonore Gewessler soll 1.703.077,50 EUR im Zeitraum vom 7.1. bis 30.9.2020 an Inseraten ausgegeben zu haben. Ist das Gegenstand von Ermittlungen?
9. Ist bekannt, ob und in welchem Ausmaß auch an die Tageszeitungen „Heute“ und „Österreich“ Inserate des Bundesministeriums für Klimaschutz vergeben wurden?
10. Sind in diesem Zusammenhang Mechanismen des „Beinschab-Tools“ Bestandteil dieser Ermittlungen?
 - a. Wenn ja, inwiefern?

11. Bei den Musikfestivals Frequency und Electric Love Festival wurde das Klimaticket anscheinend mittels „Klima-Tattoos“ beworben. Wird in diesem Zusammenhang in Hinsicht auf die Vergabe-Kriterien und/oder Ähnliches ermittelt?
 - a. Wenn ja, gegen wen werden Ermittlungen geführt?
 - b. Wenn ja, weswegen werden im Konkreten in diesem Zusammenhang Ermittlungen geführt?
12. Ist die Vergabepraxis bei diesen Werbemaßnahmen betreffend das „Klima-Ticket“ zu beanstanden?
 - a. Wenn ja, inwiefern?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
13. Welche Informationen liegen zur Vergabepraxis bei diesen Werbemaßnahmen betreffend das „Klima-Ticket“ vor und inwiefern sind die Vergaben nachvollziehbar?
14. Scheinbar hat die Media Brothers GmbH über 36.768 Euro für die „Erstellung des Layouts für die deutsche Fassung des „Bundesabfallwirtschaftsplan 2022“ erhalten. Wird in diesem Zusammenhang in Hinsicht auf die Vergabe und/oder Ähnliches ermittelt?
 - a. Wenn ja, weswegen werden im Konkreten in diesem Zusammenhang Ermittlungen geführt?
15. Werden in diesem Zusammenhang gegen Herrn Stephan Götz und/oder Herrn Walter Bolz Ermittlungen geführt?
16. Gegen wen werden sonst Ermittlungen geführt?
17. Ist die Vergabepraxis bei dieser „Erstellung des Layouts für die deutsche Fassung des Bundesabfallwirtschaftsplan 2022“ zu beanstanden?
 - a. Wenn ja, inwiefern?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
18. Welche Informationen liegen zur Vergabepraxis bei dieser „Erstellung des Layouts für die deutsche Fassung des Bundesabfallwirtschaftsplan 2022“ vor und inwiefern sind die Vergaben nachvollziehbar?